Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 50 Pfg. bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schabels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 130 — Montag, den 7. Juni 1920 — 48. Jahrgang

Eine vergessene Rechnung.

Man schreibt der „Rh.-Westf. Ztg.": In Versailles, St. Remo, Spa usw. wird fortlaufend darüber beraten, was Deutschland an Kriegsschäden und Schuld an Frankreich zahlen soll. Vergessen und totgeschlagen scheint dagegen allerseits die Schuld, welche Frankreich an Deutschland und Oesterreich noch seit den Friedensschlüssen von 1814/15 unverjährbar zurückzuvergüten hat. — Beim Friedensschlusse im Jahre 1871 hat die deutsche Regierung aus Ritterlichkeit und in diplomatischer Rücksicht auf Englands heimliche aber bekannte Schachzüge hin, welche es zu Gunsten Frankreichs in der Hand hielt, an die unerledigte große Schuld nicht gemahnt, sondern sich neben einem zurückgenommenen Landesstücke mit nur fünf Milliarden Franken begnügt. Man ließ nach dem Franzmanne große deutsche Landesteile, wie das ganze protestantische Mömpelgart, das alte Bisanz, Toul und Virten, dessen reindeutsche Bewohner die damalige französische Regierung einfach insgesamt nach Nordwestfrankreich deportierte, dort für alle Zeiten verschwinden ließ und an deren Stelle Stockfranzosen einbürgerte, deren Nachkommen heute dort noch sitzen.

Heute, da das deutsche Volk wieder am Boden liegt und das auf englisch-amerikanischen Stahlrücken in Deutschlands Fluren herumtrampelnde Frankenvolk wieder pressen sieht, dürfte die Zeit gekommen sein, um Gegenrechnung zu präsentieren.

Das „Journal de la societe de la statistique generale de Paris" führt als Forderungen Deutschlands, Oesterreichs, Hollands und Italiens im Jahre 1832 in Zahlen nach dem Geldwerte von 1915 folgende Summen auf, welche der französische Staat von 1798—1812 erpreßt und von denen er bis jetzt erst fünf Milliarden zurückvergütet hat, obschon er vertraglich seit 1815 verpflichtet ist und bleibt. Er schuldet noch:

	Millionen Franken
1. Kontributionen, Konfiskationen usw. an	
Deutschland	1573
Oesterreich	484
Holland (Belgien)	1009
Italien	487
2. Raub aus Kirchen, Palästen und Städten an Silber, Gold und Gemälden, Naturalien aus Domänen (Unterhalt der Armeen Napoleons)	20 000
3. Assignatverluste durch Rücknahmeverweigerung	16 000
4. Verlust Deutschlands-Hollands durch französische Bankerotte	1920
zusammen	41 444

Diese Summe von 41½ Milliarden stellt heute mit hundertjährigem Zins und in heutiger Werthöhe bekanntlich einen Betrag von weit über tausend Milliarden dar. Den überwiegend größten Teil hiervon hat Deutschland zu seinen Gunsten mit Frankreich zu verrechnen. Solange Frankreich diese Schuldpflicht nicht anerkennt und zurückvergütet, ist Deutschland seinerseits heute nicht verpflichtet, auch nur einen Pfennig in bar oder in Geldeswert nach Frankreich überzuführen.

Die Besprechungen mit Krassin.

(W. Die „Times" schreibt zur Erklärung Lloyd Georges: Die Maske ist endlich gefallen. Das englische Kabinett und nicht der Oberste Rat der Alliierten gestehen ein, daß es sich in direkten politischen Verhandlungen mit Sowjetrußland befindet. Wir wundern uns nicht. Im Januar und Februar war die Trumpfkarte Lloyd Georges vor dem Obersten Rat der Vertreter der nichtpolitischen kooperativen Bewegung in Rußland. An dessen Stelle hat Lenin jetzt Krassin und andere Marxisten gesetzt. Unsere Regierung ist genau so bereit, mit der einen wie mit der anderen Seite zu verhandeln. Wird die französische Regierung und das französische Volk uns gleiche Großzügigkeit zeigen? Am Schlusse des Artikels rät die „Times" Lloyd George, die Aeußerungen französischer Staatsmänner in der Presse und in der französischen Kammer recht sorgfältig durchzulesen und sich zu überlegen, welchen Eindruck die Extratour mit dem Sowjetismus in Frankreich hervorrufen dürfte. — Reuter erfährt, daß die nächste Zusammenkunft Krassins mit den Mitgliedern des englischen Kabinetts am 7. Juni stattfinden wird. Hieran wird sich voraussichtlich im Laufe der Woche eine Konferenz mit dem obersten Wirtschaftsrat schließen.

Tagesereignisse.

— **(Die Milchlieferungen nach dem Ruhrgebiet.)** Das Allgemeen Handelsblad meldet, daß die Milchlieferung nach dem deutschen Industriegebiet von 50 000 Liter auf 30 000 Liter herabgesetzt wurde. Als im Winter die Mark niedrig stand, zahlte Deutschland einen derartigen Preis, daß den Lieferanten in Holland 15½ Cents ausbezahlt werden konnten. Die Regierung zahlte nämlich so zu, daß die Milch in Essen an der Ruhr beispielsweise an den Konsumenten für 1,60 Mark geliefert werden konnte. Jetzt hat die Regierung mit dem System der Zuzahlung gebrochen. Die Gemeinden müssen die Lieferungen selbst bezahlen und haben das Quantum daher herabgesetzt.

— **(Spanisches Exportverbot für Nahrungsmittel.)** Der spanische Ministerrat verfügte ein Exportverbot für Nahrungsmittel bis zu dem Zeitpunkt, da die nationalen Bedürfnisse durchaus gesichert sind. Man rechnet damit, daß diese Verfügung eine Baisse in den Lebensmittelpreisen zeitigen wird.

— **(Der sächsische Finanzminister gegen jede Erhöhung der Eisenbahntarife.)** Ueber eine zum Herbst angeblich bevorstehende abermalige Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise äußerte sich der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold einem Vertreter der „Telegraphen-Union" gegenüber: Mir ist von einer solchen Absicht der Reichsregierung nichts bekannt. Falls aber wieder Erwarten das Reich tatsächlich eine abermalige Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise in Erwägung ziehen sollte, so werde ich mich jedenfalls im Reichsrat mit aller Entschiedenheit gegen eine abermalige Verteuerung der Eisenbahntarife einsetzen. Ich bin eben in Sachsen dabei, eine Herabsetzung der Vorortarife durchzudrücken.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

Die Wahl im Industriebezirk.

Kamen, 7. Juni. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk sind die Reichstagswahlen überall ruhig und ohne nennenswerte Störungen vor sich gegangen. So wird aus Bochum, Dortmund, Essen, Hagen, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Hattingen, Duisburg, Mühlheim-Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Osterfeld, Dorsten, Hamborn Iserlohn und Lüdenscheid übereinstimmend ein überaus ruhiges Bild der Wahlen entworfen. In Essen machte die parlamentsgegnerische kommunistische Arbeiterpartei heute Nachmittag einen Umzug, der aber bei einer Beteiligung von nur einhundert Mann ohne jeden Eindruck blieb. Die Wahlbeteiligung war allenthalben in den Vormittagsstunden verhältnismäßig flau. Sie steigerte sich gegen Mittag und erreichte in vielen Bezirken erst in der letzten Wahlstunde ihren Höhepunkt. Bis 5 Uhr nachmittags hatten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durchschnittlich fünfzig bis sechzig Prozent aller Wähler ihr Stimmrecht ausgeübt. Besonders stark war bis dahin die Beteiligung in Hagen, wo bereits 80 bis 90 Prozent gewählt hatten, und in Iserlohn und Lüdenscheid, wo man um fünf Uhr nachmittags die Zahl der abgegebenen Stimmen auf 70 bis 75 Prozent schätzte. Im allgemeinen wird man nach den bisher vorliegenden Meldungen mit einer Wahlbeteiligung von 80 bis höchstens 85 Prozent im Durchschnitt rechnen dürfen. Bemerkenswert ist, daß die aus der Spaltung im Zentrum hervorgegangene Christliche Volkspartei in einer Anzahl rheinischer Industrieorte keine Stimmzettel für den von ihr eingereichten Wahlvorschlag an den Wahllokalen ausgab. Im Wahlkreis 20, Westfalen-Süd, ist die Christliche Volkspartei überhaupt nicht mit einem eigenen Wahlvorschlag an die Oeffentlichkeit getreten.

Kamen:

Am gestrigen Tage zeigte sich in unserer Stadt schon in den ersten Stunden eine starke Wahlbeteiligung, die denn auch bis zum Schlusse anhielt. Durch Schlepper wurden in den letzten Stunden die Säumigen herangeholt, Leidenden stellte man Gespanne zur Verfügung. Das Zentrum, die Unabhängige Sozialdemokratie und besonders die deutsche Volkspartei haben Stimmenzuwachs erhalten, während die demokratische Partei und die Mehrheitssozialdemokratie Stimmen einbüßten. Die Deutschnationalen, die bei der letzten Wahl mit der deutschen Volkspartei die Liste verbunden hatten, jetzt aber eine ergene Liste repräsentierten, erhielten 156 Stimmen. Wahlberechtigt waren in Kamen 5923, davon machten 4988 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es erhielten Stimmen, die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die vorjährige Wahl zur Nationalversammlung: Mehrheitssozialdemokratie 1523 (2820), Zentrum 803 (707), Demokraten 417 (825), Deutsche Volkspartei 1354 (630), Deutschnationale 156 (—), Unabhängige Sozialdemokratische Partei 667 (2), Polen 68 (—).

Gemeinden des Landkreises Hamm.

Bergkamen: Soz. 639 (1945), Z. 221 (173), Dem. 55 (88), D. V. 349 (207), D.-N. 14 (—), U. S. P. 841 (—), Polen 85 (—). Heil: Soz. 62 (117), Z. 32 (23), Dem. 2 (2), D. V. 6 (43), D.-N. 44 (—), U. S. P. 24 (—). Weddinghofen: Soz. 171 (238), Z. 18 (18), Dem. 25 (69), D. V. 91 (44), D.-N. 14 (—), U. S. P. 7 (—). Methler: Soz. 618 (711), Z. 75 (76), Dem. 107 (219), D. V. 176 (73), D.-N. 40 (—), U. S. P. 191 (—). Westick: Soz. 806 (830), Z. 167 (75), Dem. 78 (120), D. V. 91 (42), D.-N. 61 (—), U. S. P. 91 (—). Wasserkurl: Soz. 137 (169), Z. 11 (8), Dem. 2 (11), D. V. 42 (52), D.-N. 27 (—), U. S. P. 15 (—). Niederaden: Soz. 119 (221), Z. 40 (21), Dem. 7 (23), D. V. 57 (39), D.-N. 27 (—), U. S. P. 43 (3). Südkamen: Soz. 166 (204), Z. 26 (24), Dem. 11 (39), D. V. 57 (27), D.-N. 28 (—), U. S. P. 25 (—). Oberberge: Soz. 256 (409), Z. 109 (89), Dem. 31 (66), D. V. 100 (95), D.-N. 97 (—), U. S. P. 71 (—), Kommunisten 1, Polen 2. Lerche: Soz. 72 (95), Z. 24 (28), Dem. 22 (25), D. V. 140 (86), D.-N. — (—), U. S. P. 12 (—). Rottum: Soz. 5 (5), Z. 2 (1), Dem. — (18), D. V. 26 (29), D.-N. 23 (—), U. S. P. — (—). Derne: Soz. 5 (1), Z. 4 (1), Dem. 1 (—), D. V. 8 (30), D.-N. 26 (—), U. S. P. — (—).

Stadt Hamm: Soz. 6767 (7014), Z. 8671 (9030), Dem. 1128 (3382), D. V. 4112 (3045), D.-N. 1114 (—), U. S. P. 978 (5), Christl. Volksp. 3, Komm. 56, Polen 21.

Unna: Soz. 3195 (3882), Z. 1672 (1646), Dem. 317 (1194), D. V. 2253 (1714), D.-N. 532 (—), U. S. P. 424 (—).

Soest: Soz. 2469 (2512), Z. 2937 (3073), Dem. 780 (2898), D. V. 2430 (2164), D.-N. 637 (—), U. S. P. 460 (—).

Werl: Soz. 613, Z. 2699, Dem. 31, D. V. 244, D.-N. 34, U. S. P. 31.

Ergebnisse des Industriebezirkes.

Dortmund Stadt: Das statistische Amt teilt folgende Zahlen mit: Volkspartei 26 531, Deutschnat. 2526, Zentrum 32 247, Demokraten 4714, Soz. 25 521, Unabhängige 37 630, Polen 3625, Kommunisten 1392.

Iserlohn Stadt: Deutsche Volksp. 3921, Deutschnat. Volksp. 506, Zentr. 3316, Dem. 1292, Soz. 3220, Unabh. 1049, Kommunisten 2010.

Hamm Stadt: Deutsche Volksp. 4154, Deutschnat. Volksp. 1125 (diese beiden Parteien erhielten im Vorjahre zusammen 3045 Stimmen), Zentrum 8791 (9069), Demokraten 1157 (3832), Soz. 6765 (7024), Unabh. 978 (5).

Hamm Land: Deutsche Volksp. 8877, Deutschnat. Volksp. 4465, Zentr. 8981, Dem. 2302, Soz. 17 762, Unabh. 5386, Kommunisten 639, Polen 791.

Witten: Deutsche Volksp. 4044, Deutschnationale Volksp. 1403, Zentr. 3329, Dem. 607, Mehrheitssoziald. 4972 (10 538), Unabh. 4687 (298), Polen 448.

Hagen: Deutsche Volksp. 8676, Deutschnationale Volksp. 2463, Zentr. 9510, Dem. 6526, Soz. 4177, Unabh. 15 711, Christl. Volkspartei 21, Kommunisten 6.

Wanne: Deutsche Volksp. 3637, Deutschnat. Volksp. 41, Zentr. 3587, Dem. 732, Soz. 2939, Unabh. 2467, Kommunisten 1237, Polen 2469.

Gelsenkirchen: Deutsche Volkspartei 12 398, Deutschnat. Volksp. 2032, Zentr. 23 083, Dem. 1559, Soz. 8507, Unabh. 18 517.

Bochum Stadt: (Amtlich.) Soz. 14 605, Unabh. 11 176, Dem. 1630, Zentr. 23 348, D. Volksp. 31 272, Deutschnat. 3018, Kommunisten 585, Polen 1602.

Buer: Deutsche Volksp. 2897, Deutschnat. Volksp. 634, Zentr. 11 189, Dem. 543, Soz. 4992, Unabh. 7455, Kommunisten 4618, Polen 1498.

Recklinghausen: Deutsche Volksp. 14 978, Deutschnat. Volksp. 4197, Zentr. 74 873, Dem. 3414, Soz. 29 732, Unabh. 38 077, Kommunisten 12 537, Polen 16 544.

Essen Stadt: Von 269 wurden in 250 Wahlbezirken gewählt: Soz. 23 932, Unabh. 55 182, Dem. 6710, Zentr. 69 875, D. Volksp. 26 355, Deutschnat. 16 962, Kommunisten 2116, Wirtschaftl. Arbeiterpartei 62, Christl. Volksp. 1559, Polen 2732.

Duisburg: Endergebnis: Soz. 16 982, Unabh. 18 188, Dem. 3892, Zentr. 25 966, Deutsche Volksp. 17 923, Deutschnat. 11 086, Kommunisten 3895, Christl. Volksp. 4, Polen 1952.

Düsseldorf Stadt: Unabh. 72 357, Zentrum 61 365, Deutsche Volksp. 23 782, Deutschnat. 19 924, Soz. 12 897, Dem. 7804, Kommunisten 2434, Polen 565, Christl. Volksp. 462, ein Bezirk steht noch aus.

Barmen Stadt: Soz. 9751, Unabh. 30 228, Dem. 4551, Zentr. 8216, Deutsche Volkspartei 9270, Deutschnat. 24 987, Kommunisten 408, Polen 24.

Elberfeld Stadt: Soz. 12 900, Unabh. 25 783, Dem. 5350, Zentr. 11 606, D. Volksp. 11 832, Deutschnat. 20 400, Kommunisten 446.

Solingen: Deutsche Volksp. 2066, Deutschnat. Volksp. 2012, Zentr. 2702, Dem. 2670, Soz. 3482, Unabh. 10 652, Kommunisten 343.

Mülheim-Ruhr: Deutsche Volksp. 10 843, Deutschnat. Volksp. 5481, Zentr. 10 087, Dem. 2819, Soz. 6605, Unabh. 8843, Kommunisten 8312, Polen 352.

Köln: Deutsche Volksp. 33 082, Deutschnat. Volksp. 8582, Zentr. 81 792, Dem. 11 257, Soz. 60 940, Unabh. 27 321, Christl. Volksp. 8513, Kommunisten 227, Polen 526.

Weitere Meldungen aus Westfalen und Rheinland.

Münster i. W.: Deutsche Volkspartei 8835, Deutschnationale Volkspartei 2572, Zentrum 28 203, Demokraten 1738, Sozialdemokraten 7131, Unabhängige 2832, Kommunisten 19.

Paderborn: Deutsche Volkspartei 1230, Deutschnationale Volkspartei 800, Zentrum 11931, Demokraten 2377, Sozialdemokraten 1636, Unabhängige 631.

Siegen: Deutsche Volkspartei 6922, Deutschnationale Volkspartei 8581, Zentrum 3514, Demokraten 8036, Sozialdemokraten 21 121, Unabhängige 5237, Christliche Volkspartei 1, Kommunisten (Spartakusbund) 10.

Koblenz: Deutsche Volkspartei 6155, Deutschnationale Volkspartei 10493, Zentrum 10 616, Demokraten 877, Sozialdemokraten 4003, Unabhängige 1920, Christliche Volkspartei 161.

Aus dem Reiche.

Berlin: Nach den vorläufigen Wahlergebnissen (amtlich) Soz. 185 631, Unabh. 459 967, Dem. 71 543, Zentrum 31 181, Deutsche Vpt. 140 989, Deutschnat. 112 719, Kommunisten 15 169, wirtschaftliche Vereinigung 28 931. Demnach entfallen auf die Mehrheitssozialisten 3, Unabh. 7, Demokraten 1, Deutsche Vpt. 2 und Deutschnat. 1 Sitz.

Berlin-Charlottenburg: Endergebnis. Amtlich. Soz. 27 666, Unabh. 52 856, Demokr. 22 899, Zentrum 3 674, Deutsche Vpt. 36 790, Deutschnat. 26 247, Kommunisten 1 551, Wirtschaftl. Vereinigung 9 364, Nationaldemokr. 206, Aufbaupartei 39, Welfen 31.

Bremen: Soz. 30 431, Unabh. 53 142, Dem. 23 498, Zentrum 3 159, Deutsche Vpt. 50 518, Deutschnat. 10 335, Kommunisten 7 274.

Hamburg: Von 614 Wahlbezirken fehlen noch 100. Soz. 200 000, Unab. 68 000, Dem. 80 000. Zentrum 4 500, Deutsche Vpt. 72 000. Deutschnat. 60 000, Kommunisten 3000.

Nürnberg-Stadt: 1. Bezirk steht noch aus. Soz. 44 542, Unabh. 40 824, Dem. 37 306, Mittelstandspartei 17 784, Kommunisten 3 491. Deutsche Vpt. 2 611, Bayerische Vpt. 14 162, Deutsche Soz. 1 762.

Stettin: Amtliches Gesamtergebnis. Soz. 25 647, Unabh. 35 586, Dem. 5 708, Zentrum 1 861, Deutsche Vpt. 10 991, Deutschnat. 11 453, Kommunisten 1 586, Reformpartei 1 785, ungültig 340.

München-Stadt: Amtlich. 9 Bezirke stehen noch aus. Soz. 63 898, Unab. 67 515, Demokr. 20 026, Vpt. und Deutschnat. 37 046, Kommunisten 2 329, Bayer. Vpt. 105 226, Bauernbund 4 946.

Braunschweig-Stadt: Soz. 6 475, Unabh. 32 335, Demokr. 5 988, Zentrum 1 341, Deutsche Vpt. 14 556, Deutschnational 14 215, Kommunisten 1 102, Deutsch-Hannoversche Partei 2 689.

Magdeburg-Stadt: Soz. 61 863, Unabh. 31 044, Demokraten 24 381, Zentrum 3 085, Deutsche Vpt. 28 245, Deutschnat. 13 122, Kommunisten 1 769, Nationaldemokraten 491.

Dresden: (Endgültig.) Soz. 91 412, Dtsch. Vpt. 66 410, Unabh. 54 316. Dem. 28 649, Deutschnat. 33 763, Zentrum 4 600, Lausitzer Vpt. 81, Kommunisten 478.

Leipzig (Wahlkreis 32): Soz. 57 159, Unabh. 265 641, Dem. 53 491, Zentrum 2 500, Deutsche Vpt. 132 132, Deutschnat. 106 349, Kommunisten 11 545. 14 Kreise stehen noch aus. Demnach entfallen voraussichtlich auf die Sozialdemokraten 1, die Unabhängigen 4, Demokraten 1, Deutsche Volkspartei 2, Deutschnat. 1 Sitz.

Kassel: (Endgültig) Soz. 30 914, Unabhängige 10 1771, Demokraten 10 241, Zentrum 3650, Volkspartei 16 839, Deutschnational 18 755, Kommunisten 122.

Wiesbaden Stadt: Soz. 1002, Unabhängig 652, Demokratisch 9917, Zentrum 3278, Deutsche Volkspartei 15 263, Deutschnationale 3526.

Karlsruhe: Soz. 177 330, Unabhängig 13 828, Demokraten 12 751, Zentrum 12 971, Volkspartei 6454, Deutschnational 11 665, Kommunisten 628.

Frankfurt a. M.: Soz. 67 658, Unabhängige 41 094, Demokraten 33 361, Zentrum 25 619, Deutsche Volkspartei 24 129, Deutschnational 22 834, Kommunisten 1225.

Mannheim Stadt und Land: Soz. 33 523, Unabhängige 25 157, Demokraten 10 939, Zentrum 18 567, Deutsche Volkspartei 14 476, Deutschnational 10 364.

Hannover Stadt: Soz. 877 947, Welfen 35 812, Zentrum 11 144, Demokraten 10 156, Volkspartei 45 416, Unabhängige 28 900, Deutschnational 16 209, Kommunisten 1044.

Erfurt: (Endergebnis) Soz. 4015, Unabhängige 22 411, Demokraten 5429, Zentrum 2862, Volkspartei 10 704, Deutschnational 11 881, Kommunisten 475.

Nürnberg Stadt: (Vorläufig) Bis 10 Uhr abends: Soz. 32 000, Unabhängig 25 000, Demokraten 13 000, Bayerische Volkspartei 9000, Mittelstandspartei 12 000, Deutsche Volkspartei 5600.

Chemnitz Stadt: Wahlbeteiligung 71%. Soz. 58 022, Unabhängig 6303, Demokraten 2424, Zentrum 751, Deutsche Volkspartei 26 484, Deutschnational 26 984, Kommunisten 20 129, wirtschaftliche Vereinigung 991.

*

Ueber den Verlauf der Wahlen in Berlin meldet das Wolffbüro: Pünktlich um 6 Uhr wurde der Wahlakt geschlossen. Die Wahlen sind ohne jede Störung von statten gegangen und haben sich infolge der großen Zahl der Wahllokale, in Berlin allein 1 456, schnell abgewickelt. Nach der bisherigen ersten Uebersicht dürften in den Arbeiterbezirken etwa 80%, im Westen 75% u. im Zentrum ca. 68% von 1 500 000 eingeschriebenen Wählern ihrer Wahlpflicht genügt haben. Bei dem am Nachmittag einsetzenden Schlepperdienst waren die Unabhängigen besonders rührig. Sie veranstalteten in den äußeren Bezirken Umzüge mit roten Fahnen und Plakaten und kündigten ihre Ansprachen durch Glockenläuten an. Die ersten Meldungen kamen aus Erfurt, wo nach einer lebhaften Agitation in den letzten Tagen der Wahltag selbst ebenfalls ruhig verlief. Aehnliche Meldungen liefen aus Bayern ein wo neben den Reichstagswahlen auch die Landtagswahlen stattfinden. Die Wahlbeteiligung dürfte hier kaum über 70 bis 75% hinausgehen.

Produktionskrise u. Arbeiterschaft.

Seit einiger Zeit wird aus industriellen und gewerblichen Kreisen mit ernstestem Nachdruck auf die bei dem anhaltenden Konjunkturrückgang, zumal bei den zunehmenden Absatzschwierigkeiten drohende Gefahr einer Produktionskrise, hingewiesen, die, abgesehen von ihren sonstigen verhängnisvollen Auswirkungen auf unser Wirtschaftsleben, auch die Entlassung oder wenigstens zeitweilige Beschäftigungslosigkeit zahlreicher Arbeiter notwendig zur Folge haben müsse. In einem wichtigen Gewerbezweig ist nun, wie die „Köln. Ztg." schreibt, dieser Ausstand bereits eingetreten: die hauptsächlich in und um Pirmasens gruppierte pfälzische Schuhindustrie hat am 1. Juni die Erzeugung eingestellt und erklärt, daß sie die Fabrikation erst wieder aufnehmen werde, wenn „der Bedarf einsetze, also der Verbraucherstreik aufhöre". Diese Begründung für die Stillegung der Betriebe ist nun zweifellos insofern etwas schief, als der Bedarf an Schuhwaren keineswegs aufgehört hat, sondern im Gegenteil nach wie vor groß ist. Was hier Käuferstreik genannt wird, ist wetter nichts als eine angesichts der für weite Kreise gänzlich unerschwinglichen Preise, nur zu verständliche Zurückhaltung des Publikums, das, bei aller Rücksichtnahme auf die hohen Erzeugungskosten, von dem nun einmal nicht zu bestreitenden starken Rückgang der Rohstoffpreise eine merkliche Verbilligung der Fertigware erhoffen zu dürfen glaubte und, in dieser Erwartung getäuscht, seinen Verbrauch auch wetterhin auf ein Mindestmaß beschränkt. Doch soll über diese Auslegung nicht weiter gestritten werden, wie anderseits auch festgestellt werden muß, daß die große Masse der Verbraucher über die Zeitdauer, innerhalb derer die Verbilligung irgendeines Produktionsfaktors im Verkaufspreis der fertigen Ware zum Ausdruck kommen kann, irrige Vorstellung hegt und dadurch leicht zu übertriebenen Forderungen gelangt. Uns kommt es vielmehr darauf an, die etwas eigenartigen Umstände zu beleuchten, unter denen sich die Stillegung der pfälzischen Schuhindustrie vollzogen hat. Sie ist nämlich erfolgt im Einvernehmen mit den Arbeitern, die, vorläufig für den Monat Juni, auf eine Art Wartegeld gesetzt werden. Wenn nun dieses Wartegeld auch nur in der Höhe des sogenannten Existenzminimums gezahlt wird, so stellt bei den heutigen Geldverhältnissen und bei einer Zahl von etwa 20 000 feiernden Arbeitern die insgesamt aufzubringende Summe doch ein ganz gewaltiges Kapital dar, das der finanziellen Kraft der Pirmasenser Schuhindustrie ein immerhin befriedigendes Zeugnis auszustellen scheint. Es fragt sich nur, ob volkswirtschaftliche Interessen nicht eine andre Verwendung dieses Kapitals als geboten hätte erscheinen lassen, als in dem Abkommen zwischen Industriellen und Arbeitern vorgesehen ist. Die Tatsache, daß so gewaltige Summen für den Unterhalt von 20 000 feiernden Arbeitern aufgebracht werden können, scheint darauf hinzudeuten, daß die Weiterführung der Fabrikation auch dann möglich gewesen wäre, wenn man sich unter dem Druck der Marktlage zu einem Abbau der Preise verstanden und damit unter Umständen sogar zeitweilige Geschäftsverluste auf sich genommen hätte. Der Verbraucherstreik wäre sehr bald beendet, Produktion und Absatz in Fluß geblieben und ein gesundes Verhältnis zwischen Herstellungskosten und Warenpreis jedenfalls sehr viel eher wieder hergestellt gewesen, als nun, wo lediglich der Warenmangel weiter verschärft und dadurch ein Grund geschaffen wird, um die dringend zu wünschende Verbilligung der notwendigsten Gebrauchsartikel, trotz fallender Rohstoffpreise, zu verzögern, wenn nicht überhaupu zu verhindern. Darauf weist auch die Pfälzer Schuhindustrie ganz unverhohlen hin: „Den Ausfall der Produktion wird man im Herbst spüren!", heißt es in einer Mitteilung des Handelsgremiums Pirmasens. Das heißt, der Käufer wird auf die Behauptung oder gar Erhöhung der Schuhpreise heute schon vorbereitet. Für diese, wie wir glauben möchten, ebenso kurzsichtige wie unwirtschaftliche Maßnahme tragen aber die Pfälzer Schuharbeiter durch das Abkommen mit den Fabrikanten die volle Mitverantwortung, wie sogar das führende sozialdemokratische Blatt zuzugestehen sich gezwungen sieht. Seine Forderung, daß die Gewerkschaften gegen die Arbeiterentlassungen Einspruch erheben sollen, wird daher wirkungslos bleiben, und der Fall ist nur ein Beispiel mehr für die schon oft beobachtete Erscheinung, daß die Arbeiterschaft gar nicht daran denkt, den Sachverwalter der Verbraucherinteressen abzugeben, und daß sie, ganz abgesehen davon, auch nicht entfernt den volkswirtschaftlichen Weitblick besitzt, den ihre Schmeichler ihr in ganz besonderem Umfang und zum Unterschied von andern Berufsständen nachzurühmen lieben.

100 Millionen Mark täglich.

Die Wiedergutmachungssumme, die — das wissen wir ja noch nicht genau — uns in Spa vorgelegt oder mit uns zusammen festgelegt werden soll, ist nach dem Sinn des Friedensvertrags in der Hauptsache für den Wiederaufbau, für produktive Zwecke, bestimmt. Das Rätselraten, das besonders in der französischen Presse mit märchenhaften Summen betrieben wurde, vermochte in der deutschen Oeffentlichkeit darum keinen besondern Eindruck zu machen, weil von Sachverständigen und Laien mit bitterm Lächeln derartige Summen als unmöglich abgetan werden. Der Pariser Temps weiß nun zu berichten, daß bereits bis zum 1. Mai von Frankreich 26½ Milliarden Franken für Wiederaufbauzwecke zu Lasten Deutschlands herausgabt worden seien. Wir sind nicht in der Lage, diese Summe irgendwie nachzurechnen. Wir fragen uns nur, wie hoch sich die Summe in Zukunft noch belaufen soll angesichts des wenigen, was von der französischen Regierung nach dem Zeugnis der Pariser Presse bisher in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs geleistet worden ist. Schätzungsweise aber zu beurteilen sind wir in der Lage, was uns der Friedensvertrag Tag für Tag an Leistungen für unproduktive Zwecke bereits auferlegt. Nach Artikel 249 des Friedensvertrags hat Deutschland die gesamten Unterhaltungskosten der alliierten und assoziierten Heere in den besetzten Gebieten von der Unterzeichnung des Waffenstillstandvertrags vom 11. November 1918 an zu zahlen. Von der französischen Besatzungsbehörde werden nun die Kosten für das Besetzungsheer ohne Abrechnung und Einzelaufstellung von Fall zu Fall in gewöhnlichen Raten von 100 Millionen Mark bei der Reichsbank erhoben, wobei meist eine Frist von drei Tagen gesetzt wird. Auf wiederholte Aufforderung unserseits ist nicht angegeben worden, wie groß eigentlich die Besetzungsarmee ist, für die wir die Kosten aufzubringen haben. Angesichts dessen, daß im besetzten Gebiet militärische Ausbildungsanstalten eingerich et wurden, u. a. eine Autoschule, in der jährlich 300 Offiziere ausgebildet werden, daß in Biebrich eine Offizieraspiranten-Ausbildungsanstalt errichtet wurde, daß ferner Erziehungsanstalten für Kinder und Angehörige der Offiziere in größerem Umfang und ähnliche Einrichtungen mehr im besetzten Gebiet neu erstehen, fragt man sich voll Besorgnis, ob die Aufwendungen hierfür auch unter den Artikel 249 des Friedensvertrags fallen sollen. Ehe unsre Staatsmänner nach Spa gehen, wäre eine Aufklärung darüber dringend erwünscht, damit in aller Klarheit und Deutlichkeit die deutsche Leistungsfähigkeit für produktive Zwecke dargelegt werden könnte. Aus den Berichten über die Sitzung des britischen Unterhauses vom 2. Juni erfahren wir, daß von deutscher Seite für die Besoldung und Löhnung der englischen Besatzungsarmee bis jetzt 4 Millionen Pfund Sterling gezahlt wurden, daß aber Deutschland für diese Kosten bis Ende Mai noch weitere 45 Mill. Pfund Sterling schuldet. Die Kosten bis zum Ende des Jahres wurden in der Sitzung auf weitere 3 Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Das gibt zusammen eine Summe von rund 52 Millionen Pfund. Dabei ist zu beachten, daß darin unsre Naturalleistungen an requiriertem Gut, an Quartieren usw. nicht einbegriffen sind. Rechnet man diese Summen auf die heutige deutsche Währung um und veranschlagt man die Kosten für das gesamte Besetzungsheer der verbündeten und verbundenen Mächte in entsprechender Weise, so kommt man zu dem Ergebnis, daß wir für die Besetzung täglich rund 100 Millionen Mark zu zahlen haben, also im Jahre ungefähr 36½ Milliarden Mark. Nehmen wir dazu die bereits von uns wiedergegebenen Aufwendungen für die in Deutschland tätigen Militärmissionen, so erfahren wir, daß, wenn es so weiter geht wie bisher, wir neben den Kosten für den Wiederaufbau noch vierzig Milliarden Mark im Jahre aufbringen sollen. Wir sind der Ueberzeugung, daß den Staatsmännern und Finanzmännern des Verbandes diese Zahlen zu denken geben werden, denn letzten Endes bilden die Summen, die hier verwirtschaftet werden, nicht allein Lasten, die bloß uns auf die Schultern drücken, sondern es sind Summen, um deren Höhe die Leistungsfähigkeit für den Wiederaufbau Strich für Strich verringert wird. Eine Erhöhung der Forderungen allein, das haben die Finanzleute des Verbandes selbst zum Ausdruck gebracht, ist nicht imstande, unsre Finanzkraft und damit die tatsächlich zu erlangende Wiedergutmachungssumme auch nur um eine Mark zu erhöhen.

Berichte von Augenzeugen aus Moskau.

Wie der Vertreter der Berlingske Tidende in Kowno drahtet, veröffentlichen die aus Moskau heimgekehrten Mitglieder der litauischen Friedensabordnung Berichte über die Zustände in Moskau. Darin heißt es u. a.:

Die Stadt, die vor dem Kriege über 2 Mill. Einwohner hatte, zählt jetzt nicht einmal 1 Mill. Auf je 15 Erwachsenen kommt ein bewaffneter Kommunist. Die Anzahl der Rotgardisten in Moskau beläuft sich auf 70 000 Mann. Außerdem gibt es noch 30 000 Agenten und Spitzel der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution. Während es vor dem Kriege nur wenige Automobile in Moskau gab, sind deren jetzt zahlreiche vorhanden. Jeder Kommunist hat ein eigenes Automobil oder einen eignen Wagen. Diese stammen sämtlich von der Beute aus den Kämpfen mit Denikin und Koltschak. Alle Soldaten in Moskau tragen fremde Uniformen, die bei jenen Kämpfen erbeutet wurden. Das ganze Geschäftsleben ist auf den Sucharew-Platz zusammengezogen, wo ein ausgedehnter Schleichhandel mit allen möglichen Waren betrieben wird. Der tägliche Umsatz beträgt etwa 25 Millionen Rubel. Ein Hund kostet 20 000 Rubel, Katzenfleisch wird hauptsächlich zu Wurst verarbeitet; im übrigen wird namentlich Pferdefleisch genossen. Die Zeit wurde fünf Stunden vorgerückt, um das Sonnenlicht voll zur Arbeit auszunützen. Der gänzliche Kohlenmangel hemmt jede Fabriktätigkeit. Die Arbeit besteht hauptsächlich im Holzfällen und im Ausbessern von Lokomotiven. Gegenwärtig wird die Stadt von einer furchtbaren Flecktyphusseuche heimgesucht. Die Schulen stehen leer. Alle Leute sind nur darauf bedacht, sich Lebensmittel zu beschaffen. In antibolschewistischen Kreisen wird ein baldiger Sturz des bolschewistischen Systems als unmöglich angesehen. Die Bolschewiken haben die russische Intelligenz vollständig unschädlich gemacht. Allein in Moskau wurden Tausende von Angehörigen der gebildeten Klassen getötet; eine große Anzahl ist verschickt worden. Von dem Abschluß des Krieges mit Polen wird eine allgemeine Besserung der Verhältnisse erwartet.

Explosionskatastrophe in Moskau.

Nach der Berlingske Tidende berichten die aus Moskau nach Kowar heimgekehrten Mitglieder der litauischen Friedensabordnung über eine große Explosion in Moskau am 9. Mai, welche die drahtlose Telegraphenstation schwer beschädigte. Eine mächtige Detonation brachte alle Häuser zum Erzittern. Viele Menschen wurden auf der Straße umgeworfen. Es folgten in kurzen Zwischenräumen drei solch heftige Explosionen. Es wurde bald bekannt, daß das mächtige Munitionslager im Dorfe Gusew, 5 Kilometer von Moskau entfernt, in die Luft geflogen war. Sofort nach der Explosion wurde es durch Militärpatrouillen besetzt. Ein jeder, der einigermaßen gut gekleidet war, wurde verdächtigt, die Explosion mit hervorgerufen zu haben. Die Unglücksstätte wurde in einem Umkreise von mehreren Kilometern abgesperrt. Das ganze Dorf war dem Erdboden gleichgemacht. Die meisten Einwohner wurden getötet, darunter eine ganze militärische Besatzung. Am nächsten Tage wurde in Moskau zu Ehren der Opfer die Arbeit eingestellt. Selbst die litauische Friedensdelegation mußte ihre Verhandlungen an diesem Tage einstellen. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Jeder, der verdächtig war, daran beteiligt gewesen zu sein, wurde ohne Rücksicht auf seine Ausweispapiere der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution überliefert.

Weitere Nachrichten.

— **(Den Franzosen entkommen.)** Die Heidelberger Studentin Fräulein stud. med. Detlessen, die in Ludwigshafen einen Vortrag hielt und dabei wegen Aufreizung gegen die französische Besatzungsarmee von den die Versammlung überwachenden Franzosen verhaftet worden war, ist nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." aus dem städtischen Krankenhaus, wohin man sie aus dem Amtsgerichtsgefängnis gebracht hatte, entflohen.

— **Dänemarks Kartoffelexport.** Im Frühjahr 1920 hat Dänemark für etwa 27 Millionen Kronen Kartoffeln exportiert, davon nach Deutschland 1 280 000, nach Amerika 163 601 Dozen und nach England etwas mehr als nach Amerika.

— **(Wirtschaftlicher Anschluß Luxemburgs an Belgien.)** Die „Neue Zürich. Ztg." erfährt aus Luxemburg, daß die vom Staatsminister in der Kammer angekündigten Anschlußverhandlungen in Brüssel begonnen haben. Es ist zwischen den französischen und belgischen Vertretern eine Einigung erzielt worden, dahingehend, daß die Eisenbahnen des Südens des Großherzogtums Luxemburg an Frankreich, die des Nordens an Belgien kommen werden. Die Luxemburgischen Vertreter sind zu einer weiteren Besprechung nach Brüssel abgereist. Die Verhandlungen über den wirtschaftlichen Anschluß Luxemburgs an Belgien werden sogleich nach der Veröffentlichung des Eisenbahnvertrages eingeleitet werden.

— **(Polen zum Frieden mit Rußland bereit.)** Aus Stockholm wird gemeldet: Die polnische Regierung hat nach dort vorliegenden Meldungen in der Sitzung der National ersammlung erklären lassen, sie sei bereit, in Friedensverhandlungen mit Rußland einzutreten, sobald die russische Offensive zum Stehen gekommen sei. Polen wolle keine imperialistische und annektionistische Politik treiben.

— **(Der neue Leiter der anti-bolschewistischen Bewegung.)** Dem „N. A. C." zufolge hat vor kurzem Sfasanow die Leitung der anti-bolschewistischen Bewegung im Auslande niedergelegt. Sein Nachfolger ist der frühere Botschafter in Konstantinopel und gegenwärtiger Botschafter in London, von Gvers.

— **(Ueberfälle von Sinnfeinern auf britische Flottenstationen.)** Die Flottenstation in Queenstown und fünf Stationen der Gesellschaft für Küstenschiffahrt wurden von Sinnfeinern überfallen. Nur in einem Falle gelang es, die Angriffe zurückzuweisen. Die Schlachtschiffe „Vaillant" und „Warspitch" kamen in Devenport an und haben dort sofort Vorräte eingenommen, um Marinetruppen nach Irland zu bringen. Ein Truppenschiff der Regierung hat bereits 1000 Mann in Bantryhead gelandet und wird auch in anderen Städten Truppen landen. — Nach einer Mitteilung der englischen Admiralität soll ein Angriff auf 2 Küstenwachstationen, jedoch nicht auf Queenstown erfolgt sein. Die Küstenwachstationen wurden niedergebrannt und der für Signale usw. bestimmten Explosivstoffe beraubt. Ferner wurden zwei Leuchttürme überfallen.

Westfalen und Rheinland.

? **Münster**, 5. Juni. Ein Pferdediebstahl, der am Samstag auf einer Weide in Mecklenbeck verübt wurde und auf dessen Aufdeckung der Bestohlene, Pferdehändler Baer, eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt hatte, hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Baer wurde am Montag von Rheine aus mitgeteilt, daß in der dortigen Gegend ein Pferd von einer Frau zum Kauf angeboten sei. Nach der Beschreibung erkannte Baer in diesem Tier sein Pferd, und der Hinweis auf die ausgesetzte hohe Belohnung bewirkte, daß den Spuren der Frau nachgeforscht wurde. Als sie am Dienstag nun ausfindig gemacht und festgenommen war, erkannte B. laut „M. A." in der Frau die Frau des auf der Geist an der Neuen Trainkaserne wohnenden Stadtsekretärs M. Sie gab den Diebstahl zu und nannte auch den Aufenthaltsort des zweiten Pferdes. Dieses wurde in einem von den übrigen Stallungen des M. — er hatte außer Pferd und Wagen schon seit Jahren eine, oft auch zwei Kühe, Schweine, Ziegen, Hühner usw. — abgetrennten engen Stall gefunden. Frau M., die verhaftet ist, gibt an, allein in der Sache verwickelt zu sein. Sie war mit ihrem Gespann, dem sie das gestohlene Pferd angebunden hatte, sofort am Sonntag ins Münsterland gefahren, um das Tier an den Mann zu bringen.

? **Ueberruhr**, 2. Juni. **(Schieberbande festgenommen.)** Hier wurde eine Diebes- und Schieberbande festgenommen, die versucht hatte, zwei Wagen Eisenbahnschienen des Gelsenkirchener Wasserwerks wegzuschaffen, die einen Wert von 100 000 Mark haben.

Kupferdreh, 5. Juni. **(10 000 Mark Belohnung.)** In der Nacht vom 1. zum 2. April dieses Jahres gegen 1 Uhr fuhren 3 große Personenautos (Kaiserliche Jagdautos) aus der Richtung Steele kommend, beim hiesigen Postamt vor, wovon 2 mit Segeltuch überzogen waren. Bei dem 3. Wagen handelt es sich um ein geschlossenes schwarzlackiertes Personenauto. Die Insassen der Fahrzeuge, etwa 25 an der Zahl, welche Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehre und Pistolen in reicher Menge mit sich führten, verlangten gebieterisch unter dem Vorgeben Einlaß in das Postgebäude, daß sie als Oberster Kriegsrat der Roten Armee ein dringendes Telephongespräch führen müßten. Mehrere Männer betraten dann die Telephonzentrale, von denen einer sich als Postbeamter und ein anderer sich als Ingenieur ausgab. Statt der Ausführung des angeblich wichtigen Gespräches, wurden hinter verschlossenen Türen in der Telephonzentrale, wie sich später herausstellte, die Leitungsdrähte durchschnitten oder abgerissen, sodaß fast alle Leitungen zerstört waren. Nach dieser Tat bestiegen sämtliche Personen die bereitstehenden Autos und man fuhr zur Wohnung des Bergwerksdirektors Dr. Pusch von der Zeche Adler. Auf dieser Fahrt wurden die Fahrzeuge von Leuten der hiesigen Sicherheitswehr angehalten, die mit vorgehaltenen Waffen gezwungen wurden, die schwer bewaffneten Autos zu besteigen und mitzufahren. Vor der Wohnung des genannten Bergwerkdirektors fuhren die Autos auf der Straße nebeneinander auf, sodaß die Straße abgesperrt war. Die Insassen entstiegen den Autos und verschafften sich gewaltsam Eingang in die Villa, in welcher sie dann wie die Vandalen hausten. Nicht allein daß Schränke, Tische und Behältnisse erbrochen und daraus alle erreichbaren Gegenstände im Werte von über 40 000 Mark entwendet wurden, drohte man dem Direktor, daß er erschossen würde; ferner versuchte man ihn zur Herausgabe von 80 000 Mark Geld zu zwingen. Auch in diesem Falle wurden zunächst die Telephonleitungsnetze durchschnitten. Nachdem die Räuber Damen- und Herrenkleidungsstücke, Brillantnadeln und Broschen, Ferngläser und Zielfernrohre, sowie Eßwaren und andere Gegenstände an sich genommen und in die Fahrzeuge geschafft hatten, ertönte plötzlich die Sirene der nahegelegenen Zeche, worauf die Räuber die Flucht in der Richtung nach Nierenhof ergriffen. Wie später festgestellt werden konnte, haben die Fahrzeuge den Weg von Nierenhof über Langenberg, Velbert nach Werden genommen. Einer der Räuber führte einen vom Vollzugsrat in Gelsenkirchen ausgestellten Ausweis auf den Namen Wahlring mit sich, unterschrieben war dieser Ausweis von Herzig. Der Führer dieser Räuber war eine Mannsperson im Alter von etwa 35 Jahren, mit jüdischem Aussehen, etwa 1,65 Meter groß u. von gedrungener Statur; diese Person hatte eine auffallend helle Stimme und sprach das „r" scharf und gedehnt aus. Wahrscheinlich stammt diese Person aus den östlichen Provinzen. Ein weiterer Räuber trug Marinemantiform, war etwa 35 Jahre alt, 1,75 Meter groß, von kräftigem Körperbau und hatte starken schwarzen Schnurrbart. Die Wagenführer trugen Kraftfahrermützen und Lederanzüge. Bisher konnten die Täter nicht ermittelt werden. Wer über die erwähnten schweren Straftaten Angaben bei der nächsten Polizeibehörde macht, die zur Ermittelung der Täter führen, erhält obige Belohnung.

? **Wipperfürth**, 3. Juni. **(Verurteilung eines Raubmörders.)** Im Oktober v. Js. war in der Nähe von Lindlar der Steinklopfer Emil Steinbach von zwei Wegelagerern erschossen und beraubt worden. Der eine Räuber, der Gelegenheitsarbeiter Nikolaus Höher aus Köln, hatte sich jetzt vor dem Kölner Schwurgericht zu verantworten. Er wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus und wegen zweier anderer räuberischer Ueberfälle zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein Mitschuldiger hat bis heute noch nicht ermittelt werden können.

? **Düsseldorf**, 3. Juni. **(Weizenmehl unter Brennholz.)** Bei einer auf dem Güterbahnhof Düsseldorf-Derendorf vorgenommenen Revision eines Waggons wurden unter Brennholz versteckt 40 Sack — 2970 Kilogramm — reines Weizenmehl vorgefunden. Das Mehl wurde beschlagnahmt und der Reichsgetreidestelle überwiesen. Absender des Waggons ist ein gewisser Kasper Bockey in Enniger (Westfalen), Empfänger ein gewisser Joseph Becker, hier, ohne Wohnungsbezeichnung.

Köln, 2. Juni. **(Der „Kapitalist aus Notwendigkeit".)** Eine ergötzliche Geschichte zum Kapitel „Spartakus" erzählt die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung". In Mannheim wurde kürzlich der schwerreiche Kommunist Lederer auf Grund einer Privatklage des sozialdemokratischen Redakteurs Harpuder zu 1500 Mk. verurteilt, während der widerverklagte Genosse Harpuder zu 50 Mk. Geldstrafe verknackt wurde. Wichtiger als der Rechtsstreit selbst waren gewisse Tatsachen, die im Laufe der Verhandlung über den Kommunisten Lederer bekannt wurden, der in Mannheim eine wüste, aufreizende Agitation unter der Arbeiterschaft betreibt. Der Vorsitzende stellte fest, daß Lederer in Berlin im teuersten Hotel, dem Hotel Bristol, zu wohnen pflegt. Als der Vorsitzende fragte: „Wie ein Arbeiter leben Sie denn doch wohl nicht?", antwortete der kommunistische Salon-Spartakist und Millionär: „Ich weiß nicht, wie ein Arbeiter lebt." — Lederer ist Teilhaber der Millionenfirma Goldbach und Lederer. Im Juli 1915 setzte die Firma 100 Arbeiterinnen auf die Straße. Lederer erwähnte hierzu, daß er nicht behauptet habe, sein Betrieb sei ein soziales Musterunternehmen, daran hinderte ihn sein Sozius Goldbach. Goldbach sei Kapitalist und habe das Geschäft kapitalistisch geführt. Im Juni 1919 habe er (Lederer) den Betrieb „sozialisieren" wollen, aber da sei der große Preissturz gekommen, und er habe den Arbeitern nicht zumuten können, das Lager zu diesem Minderwert zu übernehmen. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, daß er doch noch immer bei der Firma sei und dabei radikale Ideen fördere, entgegnete Lederer, daß er nicht Kapitalist aus Neigung, sondern aus Notwendigkeit sei.

** **Koblenz**, 3. Juni. **Wegen Bandendiebstahls** wurde der Klavierbauer Hahn zu 13 Jahren, der Arbeiter Schmengler von hier zu 5½ Jahren, der Sandformer Krupp aus Pein zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Ferner die aus Bochum gebürtige Kontoristin Ackermann zu einem Jahr Gefängnis und 6 Wochen Haft. Hahn und Ackermann sind vor kurzem wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Ihnen wird auch die Beteiligung an einem Morde in Preshausen zur Last gelegt.

Aachen, 4. Juni. **(Belgischer Uebermut.)** Der Gewerkschaftsbeamte Hermann, der vor etwa 6 Wochen wegen Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörde anläßlich der Protestkundgebung am Blücherplatz in Sachen der Bahnstrecke Raeren-Kalterherberg vom belgischen Kriegsgericht zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden war, stand jetzt vor dem belgischen Berufungsgericht. Nach etwa 1½stündiger Beratung wurde die von Hermann eingelegte Berufung verworfen und die Strafe noch um 5000 Mk. erhöht.

Köln, 3. Juni. **Wegen Verschiebung von Arzneimitteln** nach dem Ausland verurteilte das Wuchergericht den Kaufmann Pierre Paring aus Arlon (Belgien) zu 3 Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe. Bei den Schiebungen waren ferner beteiligt der Drogerielehilfe Franz Betz aus Köln und die Ehefrau des Dachdeckermeisters Friedrich Wingartz aus Opladen. Beide erhielten je 18 Monate Gefängnis und je 10 000 Mark Geldstrafe.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 7. Juni. **(Verschiedenes.)** Daß die Eisenbahn die Pflicht hat, leicht verderbliches Frachtgut (Nahrungsmittel) so rasch wie möglich zu befördern, und daß deshalb bei solchen Transporten schon die erhebliche Ueberschreitung der regelmäßig erforderlichen Beförderungszeit ohne weiteres auf ein die Bahn zum Schadenersatz verpflichtendes Verschulden ihrer Beamten schließen läßt, spricht das Reichsgericht in einer kürzlich ergangenen Entscheidung aus.

•

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen für je 100 der betreffenden Landeswährung:

für:		am 4. Juni	am 3. Juni	am 2. Juni
Holland	100 Fl.	1475 Mk.	1630 Mk.	1510 Mk.
Schweden	100 Kr.	890 „	960 „	890 „
Norwegen	100 Kr.	740 „	800 „	720 „
Schweiz	100 Fr.	725 „	805 „	760 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mark, in Schweden und Norwegen 112 Mark, in der Schweiz 80 Mark für je 100 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in Norwegen 1850 und in der Schweiz 1800 Mark für je Gulden bezw. Kronen oder Franken bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark seit vielen Monaten am 26. Mai, in Holland 1200, Schweden 720, Norwegen 605 und Schweiz 625.)

Das Wehrkreiskommando VI veröffentlicht unter dem 1. Mai ds. Js. folgendes: Um bestehenden irrtümlichen Ansichten entgegenzutreten, ist folgendes bekannt zu machen: 1. Entsprechend den Bestimmungen des Bieleselder Abkommens hat der Reichsjustizminister erklärt, daß eine Strafverfolgung aller derjenigen nicht erfolgen soll, die in der Abwehr des verbrecherischen Kapp-Putsches ihrer besten Ueberzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Eines besonderen Amnestie-Gesetzes bedarf es hierzu nach den allgemeinen Grundsätzen des Strafgesetzes nicht. Die Staatsanwaltschaften und Militärbehörden haben dementsprechend Anweisung erhalten. Ein besonderer Staatsanwalt soll mit der Beobachtung dieser Grundsätze beauftragt werden. 2. Eine Amnestie, die über diese Grundsätze und die Bestimmungen des Bieleselder Abkommens hinausgeht, kann den gesetzgebenden Körperschaften von der Reichsregierung nicht vorgeschlagen werden. Insbesondere kann allen denen, die auch jetzt noch die Waffen nicht freiwillig herausgeben, keinerlei Begnadigung in Aussicht gestellt werden. 3. Die Ansicht, daß infolge der Aufhebung der Standgerichte nunmehr Todesurteile nicht mehr gefällt werden können, ist irrig. Die Todesstrafe kann auch weiterhin durch die ordentlichen Kriegsgerichte verhängt werden, soweit sie nach den geltenden Strafbestimmungen angedroht ist. Die außerordentlichen Kriegsgerichte sind mit Richtern besetzt, die dem Richterstande angehören. Sie entscheiden in beschleunigtem Verfahren. Soweit Todesurteile bereits ausgesprochen, aber noch nicht vollstreckt sind, wird in jedem einzelnen Falle nachgeprüft werden, ob eine Begnadigung stattfindet oder nicht.

Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 4. August 1919 (R.-G.-Bl. S. 1366) ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September d. Js. von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Um Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. 10. 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50-Marknote vom 30. November 1918 handelt.

Vom Vaterländischen Frauen-Verein wird uns zu dem veröffentlichten Jahresbericht mitgeteilt, daß die Jugendabteilung im Herbst den älteren, einsamen Leuten, nicht den älteren Mitgliedern, einen schönen gemütlichen Unterhaltungsnachmittag mit Bewirtung von Kaffee und Kuchen bereitete.

(?) **Lerche**, 7. Juni. **(Fahrraddiebstahl.)** Dem Schlosser Robert B. aus Nordbögge begegnete in Lerche der Gelegenheitsarbeiter Heinrich St. aus Rünthe und bat ihn, ihm sein Fahrrad, das er mit sich führte, einer eiligen Besorgung wegen zu leihen. Da B. sich weigerte, sein Fahrrad auszuleihen, zumal es nicht sein Eigentum sei, benutzte St. den günstigen Augenblick, als B. in das Haus des Bäckers K. in Lerche eintrat, um dort einige Einkäufe zu machen, sich das Rad anzueignen und damit zu verduften. St. ist ein übel berüchtigter Mensch. Aus seinem Elternhause in Rünthe verstoßen, hat er es seit drei Jahren nicht wieder aufgesucht. Die Polizei konnte seiner noch nicht habhaft werden. Er wird von den Amtsgerichten zu Kamen und Paderborn gesucht.

Holzwickede, 5. Juni. **(Mehrere Diebstähle aufgeklärt.)** Der Polizei gelang es, infolge einer Durchsuchung der Wohnung des Wirtschaftskastellans Eichelschmidt hier mehrere Stücke Gardinen und Deckenstoffe, sowie mehrere Stücke Tuchstoffe, 1 Joppe und Weste an das Tageslicht zu fördern, die durch Einbruchsdiebstahl den Kaufleuten Fischer jr. und Markhoff, Dortmund, in letzter Zeit entwendet worden waren. In den Kellerräumen wurden 6 Korbflaschen und zirka 100 Liter Branntwein gefunden, die der Brennereigenossenschaft Sölde in der Nacht zum 20. Mai d. Js. ebenfalls durch Einbruchdiebstahl entwendet worden waren. Ferner wurden noch zirka 40 Pfund Rindfleisch in einem Faß gefunden, welches nicht mehr für Menschen zu genießen war und ebenfalls aus einem Diebstahl herrühren dürfte. Dem Rittergutsbesitzer Schulze-Dellwig zu Sölde wurde Mitte Mai eine Milchkuh von der Weide gestohlen: es ist nicht ausgeschlossen, daß das gefundene Fleisch von dieser herstammt. S., der erst vor kurzer Zeit von Dortmund nach hier zugezogen ist und festgenommen wurde, steht scheinbar mit Dortmunder Komplizen in Verbindung.

•

Außerordentliches Kriegsgericht Dortmund.

Dortmund, 3. Juni. Mit Fernglas und Gewehr bewaffnet ist am 3. April der Arbeiter Julius Oelke auf der Wilhelmstraße in Hörde gesehen worden. Er bestreitet, bei der Roten Garde oder gar ein kleiner Generalstabschef gewesen zu sein. Ein Bekannter habe ihm ein Gewehr gegeben, das er jedoch nicht lange behalten habe. Dann pflege er bei seinen Spaziergängen ins Feld sein Fernglas mitzunehmen. Der Angeklagte, der ein fleißiger Arbeiter und noch unbestraft ist, wurden wegen verbotswidrigen Waffentragens zu 75 Mk. Geldstrafe verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wird. — Einen Tag zu spät hat der in Aplerbeck geborene Friedrich Nelkert aus Brackel sein Gewehr abgegeben. Er hat vom 17. März bis 2. April als Mitglied der 8. Kompagnie lediglich Wachdienst getan und dafür 630 Mk. Löhnung erhalten. Der in gutem Ruf stehende junge Mann wurde vom Gericht mit 1 Monat Gefängnis bestraft. Die Strafe ist durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt. — Zum Kampfe gegen die Lichtschlagtruppen ist am 17. März von Hörde aus auch die Sicherheitswehr von Kley aufgeboten worden. Sie blieb in Hörde in Reserve liegen und kehrte wieder heim, als Dortmund von den Roten erobert worden war. Dieser Sicherheitswehr gehörte der Bergmann Adolf Garthe in Kley an. Er wurde im Hinblick darauf, daß er nur gegen verfassungswidrige Elemente ins Feld gezogen, freigesprochen. — Zur persönlichen Sicherheit hat Karl Knopf in Scharnhorst eine kleine Pistole über die Ablieferungsfrist hinaus noch am 21. April behalten. Das Gesetz sieht dafür eine Mindeststrafe von 1 Jahr Gefängnis vor. Auf diese mußte das Gericht erkennen, doch will es den Angeklagten zur Begnadigung empfehlen, daß er mit einer Geldstrafe davonkommt.

•

Kriegsgericht Münster.

Münster, 4. Juni. Eine schwere Strafe mußte das Kriegsgericht gegen den Bahnarbeiter Georg Hachmann aus Rheine verhängen, bei dem anläßlich einer Haussuchung an die 50 Gewehrpatronen, eine Eierhandgranate, eine Armeepistole und ein Karabiner gefunden wurden. Hachmann hat die Sachen aus dem Felde mitgebracht. Da sich die Armee infolge der Revolution in Unordnung auflöste, hat er sie nicht abgeliefert und es ist auch dabei geblieben, trotz der Anordnung auf Waffenabgabe vom 10. April 1920. Da Hachmann bei den spartakistischen Unruhen in Rheine der Polizei durch seine Teilnahme an der Sicherheitswehr gute Dienste geleistet und sich auch sonst nichts zuschulden kommen ließ, nahm das Gericht den Fall als milde an. Die geringste Strafe lautet auf 1 Jahr Gefängnis. Hierauf mußte das Gericht erkennen, gab aber bekannt, daß es den Angeklagten der bedingten Begnadigung empfehlen werde und entließ ihn aus der Haft. Des gleichen Vergehens sind die Gebrüder Leo und Reinhold Hörnschemeier aus Münster angeklagt. In ihrer Wohnung wurden bei einer Haussuchung zwei Armeepistolen gefunden, deren eine Leo seinem Bruder Reinhold verkauft haben will. Beide Pistolen haben die Angeklagten aus dem Felde mit heimgebracht. Die Angabe des Reinhold, daß er die Waffe nicht mehr im Besitz hatte, konnte nicht widerlegt werden, sodaß er freigesprochen wurde. Leo Hörnschemeier erhielt 1 Jahr Gefängnis. — Die Bergleute Heinrich Wattenberg und Max Hartmann aus Stockum waren bei der Roten Armee, nachdem sie vorher Mitglieder der Stockumer Wehr gewesen waren, die aber später eine andere Richtung bekam. Wattenberg ging mit dieser Armee bis nach Kamen, wo er zurückblieb, da er wegen seines kranken Fußes nicht mehr laufen konnte. Der Marsch sollte sonst bis Pellum gehen, wo gekämpft wurde. Hartmann nahm teil an den Kämpfen bei Pellum und Kamen. Auch war er zurzeit der Kämpfe in Hörde, hat aber daran nicht teilgenommen. In die Kämpfe in dieser Gegend war bekanntlich das Korps Lichtschlag verwickelt. Das Urteil lautete gegen Wattenberg auf 6 Monate, gegen Hartmann auf anderthalb Jahre Gefängnis. — Die Bergleute Karl Nikoleisen und Richard Hoffmann aus Mengede sind Führer der Roten Armee gewesen und haben sich an Kämpfen beteiligt. Nikoleisen war Gruppenführer, Hoffmann Zugführer. Bei einem Patrouillengefecht in der Nähe von Herringen wurden sie von zwei Offizieren der Reichswehr abgeschnappt. Die beiden Angeklagten wurden seinerzeit vom Standgericht zum Tode verurteilt, sind aber mit einem blauen Auge davon abgekommen, weil die Standgerichte aufgehoben wurden. Beide geben an, daß ihr einziges Bestreben gewesen sei, zur Reichswehr überzulaufen, was ihnen aber bisher nicht möglich war. An dem betreffenden Abende, als sie den Auftrag hatten, eine Patrouille von 16 Mann nach Herringen zu bringen, hätten sie ihr Vorhaben ausführen wollen, seien dann aber 50 Meter von ihrer Truppe entfernt gefangen genommen worden. Jeder von ihnen erhielt anderthalb Jahre Gefängnis. — Der Bergmann Friedrich Tinz aus Derne bei Dortmund hat im Auftrage des Vollzugsrates bei den Landwirten Requisitionen vorgenommen, ist aber nicht gewalttätig vorgegangen. 7 Monate Gefängnis erachtet das Gericht als genügende Sühne. — Als drei „Jünger der Roten Armee" stellten sich die Bergleute Robert Katowsky, Albert Mischkowsky, beide aus Derne bei Dortmund, und Karl Schröder aus Kirchderne vor. Sie stehen im Alter von 18 bis 20 Jahren. Katowsky ist unter die Notgardisten gegangen, nachdem man ihn nächtlicherweile aus dem Bett geholt und mit vorgehaltenem Revolver aufgefordert hatte, mitzugehen. Bei seiner Jugend wollte man ihn anscheinend nicht zum Kämpfen haben, aber er schien den Notgardisten zum Requirieren der Lebensmittel bei den Bauern sehr geeignet. Dabei hat er dann auch geholfen. Seine beiden Mitangeklagten verfahren in Derne und Recklinghausen Wachtdienst, nahmen aber an Gefechten nicht teil. Für ihre „Bemühungen" erhielten sie, als die Rote Armee aufgelöst wurde, aus dem Verkaufe von beschlagnahmten Pferden und Wagen jeder 318 Mk., die als Löhnung gelten sollten. Daß ein schönes Sümmchen für die sogenannten Requisitionen herauskam, beweist die Tatsache, daß an 46 Notgardisten dieser Betrag ausgezahlt werden konnte. Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis. — Der Bergarbeiter Josef Bigalla, der keinen festen Wohnsitz hat und aus Polen stammt, wurde in Telgte angetroffen, wie er hausierend unter die Landwirte ging. In seinem Besitz fanden sich Hausstricke, Pferdeleinen, Teile von Uniformstücken, Mützen und dergl. mehr. Man nahm an, daß der 20jährige Angeklagte diese aus Requirierungen bei der Roten Armee erhalten hat. Dieser bestreitet das. Als alleinstehender junger Mann habe er den Vorsatz gefaßt, bei der Reichswehr einzutreten und sich in Borbeck gestellt. In einer Wirtschaft sei er von Notgardisten angehalten und zwangsweise in die Rote Armee gesteckt worden, da man in ihm einen Spion sah. Zuerst habe man ihn erschießen wollen. Mit einem Seitengewehr ausgerüstet, mußte er an Plünderungen teilnehmen, was er jedoch nicht tat. Darauf wurde er verprügelt und hinaus. In Köln fand er kurze Zeit Arbeit auf einer Fabrik, wo er 400 Mark verdiente. Für dieses Geld kaufte er Gebrauchsgegenstände für landwirtschaftliche Betriebe, um sie gegen Brot und Butter zu verhamstern. Die Strafe lautet auf 7 Monate Gefängnis.

•

= **Essen**, 4. Juni. **Unter der Anklage, sich an den Plünderungen auf Schloß Sythen und an den Kämpfen an der Front beteiligt zu haben, hatte sich der Bergmann Orzechowski aus Weitmar bei Bochum vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Essen zu verantworten. Der Angeklagte räumt ein, der Roten Armee angehört und an den Kämpfen an der Front bei Haltern teilgenommen zu haben, bestreitet aber die Teilnahme an den Plünderungen auf Schloß Sythen. Zwei Zeugen glauben jedoch, den Angeklagten bestimmt wieder zu erkennen; eine Anzahl anderer Zeugen stellte dem Angeklagten ein günstiges Leumundszeugnis aus. Das Gericht ließ die Frage, ob der Angeklagte sich an den Plünderungen beteiligt hat, unentschieden, und verurteilte ihn wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu 2 Jahren Zuchthaus.**

? **Siegburg**, 2. Juni. **(Kirchenraub.)** In der Nacht wurde in der Rektoratskirche an der Holtenstraße eingebrochen. Die Einbrecher versuchten das Tabernakel zu zerstören. Da dieses nicht gelang, riß man dasselbe aus dem Altar heraus und schleppte es in ein Roggenfeld in der Nähe des katholischen Friedhofes an der Wittstraße, wo man es erbrochen wiederfand. Das Einbruchswerkzeug, eine schwere Hacke, lag daneben. Den Einbrechern fiel ein Ciborium, eine Lunia und eine Krankenpatena in die Hände.

Köln, 4. Juni. **(Raubüberfall auf offener Straße.)** Ein Geschäftsmann, der auf dem Postscheckamt 30 000 Mark abgeholt hatte, wurde in Köln auf offener Straße von einem Menschen überfallen, der ihm ein Schwämmchen mit einer betäubenden Flüssigkeit unter die Nase zu halten versuchte. Durch das Dazwischentreten anderer Personen wurde der Anschlag verhütet. Der Straßenräuber entkam.

** **Köln**, 5. Juni. **(Gefährliche Betrüger festgenommen.)** Den Bemühungen der Kölner Kriminalpolizei ist es gelungen, hier und in Königswinter Betrüger festzunehmen, die mittels gefälschter Frachtbriefe umfangreiche Waggonschiebungen vorgenommen und dadurch Geldsummen in Höhe von fünf Millionen Mark erbeutet hatten. Die Betrüger verstanden es, durch ihr elegantes Auftreten sich in den erstklassigen Hotels als Großkaufleute aufzuspielen. Außer in rheinischen Städten operierten sie auch in Sachsen.

? **Siegburg**, 4. Juni. **Von einer ganz dreisten Gaunerin** ist der Inhaber eines hiesigen Zigarrengeschäfts hereingelegt worden. In dem Geschäfte fragte eine Frau vor, ob sie Ware bekommen könne. Als ihr zusagend geantwortet wurde, gab sie an, mit ihrem Manne zum Einkaufen zu kommen. Sie erschien allein und entschuldigte ihren Mann, der sie am Bahnhofe in Troisdorf erwarte. Sie kaufte für 14 000 Mark Zigarren und 2000 Mark Zigaretten. Dann hat sie, man möge ihr helfen, die Ware zum Bahnhofe in Troisdorf zu schaffen, wo ihr Mann das Geld dafür auszahlen werde. An der Gepäckabfertigung in Troisdorf wurden die Pakete aufgegeben. Da der Mann mit dem Gelde aber immer noch nicht erschien, sagte die Käuferin, daß sie beide in einer dem Geschäfte in Siegburg nahegelegenen Wirtschaft essen wollten; dort werde ihr Mann jedenfalls sein, und überreichte ihrem Begleiter zur Sicherheit bereitwilligst den Gepäckschein. In Siegburg sagte sie dann, da ihr Mann noch nicht da sei, wolle sie sich eben etwas frisieren lassen, und ging, kehrte aber nicht wieder zurück. Am Abend fuhr man mit dem Gepäckschein nach Troisdorf, um die Ware zurückzuholen, und erhielt dort fünf Pakete, die aber nur je einen leeren Einmachtopf enthielten; die Rauchwarenpakete waren schon abgeholt. Ihrem Begleiter hatte die Schwindlerin einen Gepäckschein über vorher aufgegebene Pakete als „Sicherheit" ausgehändigt.

* **Andernach**, 3. Juni. **Grenzenlos leichtsinnig** handelten drei Personen, die auf dem Wagendach des überfüllten Personenzuges 255 ab Köln mitfuhren. Sie rutschten bei der Station Niederbreisig ab, wobei ein Mann zwischen die Puffer, ein zweiter unter die Räder geriet. Beide waren sofort tot. Eine Frau kam mit Kopfverletzungen davon.

9 Millionen für die Besetzung Frankfurts.

(TU) **Genf**, 5. Juni. Wie nach hier gemeldet wird, wird die deutsche Delegation von Frankreich neun Millionen Entschädigung für die Besetzung Frankfurts verlangen.

Anerkennung Litauens durch die Entente.

(TU) **London**, 5. Juni. Die englische Regierung hat, wie verlautet, die übrigen Ententemächte aufgefordert, zusammen mit England Litauen de jure anzuerkennen.

Die Schweiz fordert die Freiheit des Rheins.

(TU) **Bern**, 5. Juni. [illegible] T. U. erfährt, hat der Bundesrat gestern die Instruktionen für die schweizerischen Delegierten in der internationalen Rheinschiffahrtskommission festgesetzt. Sie haben die Schiffahrt auf dem Rhein möglichst zu fördern und die Freiheit des Rheins anzustreben. Die nächsten Konferenzen finden in Straßburg und Paris statt.

Die Schweiz als Niederlassungsstätte für Ausländer.

(TU) **Zürich**, 5. Juni. Nach einem Beschluß der eidgenössischen Fremdenpolizei sind von den in der Schweiz wohnhaft gewesenen Ausländern, die während des Krieges einrücken mußten, bisher 9603 Deutsche, 5421 Italiener, 735 Franzosen und 606 Oesterreicher in der Schweiz zur Niederlassung zugelassen worden.

Dresdener Volksschullehrer gegen die neue Besoldungsordnung.

(TU) **Dresden**, 5. Juni. Gestern verließen 1500 Dresdener Volksschullehrer eigenmächtig den Unterricht, um gegen die neue Besoldungsordnung zu protestieren.

•

Gemeinsames Vorgehen der türkischen Nationalisten mit den Bolschewisten in Persien?

Die „Times" melden, daß ein außerordentlicher Kabinettsrat stattfand. Wie das Blatt meint, handelte es sich dabei um die Krassin-Angelegenheit. Die Lage sei ganz verwirrt. Die für Freitag angesetzte Sitzung des obersten Wirtschaftsrates sei auf Verlangen der englischen Regierung auf Montag vertagt worden mit der Begründung, daß vorher noch Kabinettsberatungen notwendig seien. Man meint, daß etwas Unvorhergesehenes eingetreten sein müsse. Das Unvorhergesehene sei wahrscheinlich, daß es Enver Pascha gelückt sei, den Russen in Persien die Hand zu reichen und vielleicht sei auch die Neuyorker Meldung richtig, daß die Russen in Teheran einrückten, was nicht unwahrscheinlich wäre, da ihnen kein nennenswerter Widerstand entgegentreten konnte. Wenn es sich bestätige, daß die türkischen Nationalisten, nachdem sie mit den Russen in Transkaukasien gemeinsame Sache machten, diese nun auch in Persien unterstützen, kämen Mesopotamien, Afghanistan und damit auch Indien in die gefährliche Zone, von Palästina und Aegypten gar nicht zu reden. England habe ein gefährliches Spiel gespielt, als es sich für solche Friedensbedingungen für die Türkei entschied und dadurch die ganze mohammedanische Welt in Asien gegen sich aufbrachte.

•

— **(Vorarbeiten für ein Arbeitsgesetzbuch.)** Der aus einer Anzahl von sozialpolitisch führenden und bekannten Persönlichkeiten zusammengesetzte Ausschuß zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuches ist am 28. und 29. Mai unter der Leitung des Ministerialdirektors Siefart im Reichsarbeitsministerium zu Beratungen zusammengetreten. Bearbeitet werden die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, eines Heimarbeitsgesetzes, eines Hausdienstgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes sowie mehrere Sonderabschnitte des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts. Diese Entwürfe sollen vorweg erledigt und später in das Gesetzwerk eingearbeitet werden. In Aussicht steht ein Gesetz über Arbeitsbehörden. Die Beratungen betrafen hauptsächlich die Erörterung der vorliegenden Vorentwürfe, insbesondere eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes. Auch wurden die Beziehungen zum internationalen Arbeitsrecht mit Rücksicht auf die von der Hauptversammlung des internationalen Verbandes der Arbeit im Oktober und November 1919 in Washington gefaßten Beschlüsse erörtert.

— **Auf Anstiften seiner Frau ermordet.** Am 26. Februar vorigen Jahres wurde aus dem Landwehrkanal der Rumpf eines Mannes gelandet, der in einem Paletot eingenäht war. Alle Bemühungen zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten und zur Aufklärung des Verbrechens blieben zunächst ohne Erfolg. Erst jetzt gelang es der Kriminalpolizei, wie die Abendblätter melden, den Toten als einen Oberlehrer Dr. Heimberger zu identifizieren, der auf Anstiften seiner eigenen Ehefrau von deren Neffen, einem 22 Jahre alten Schlosser, ermordet worden ist. Die Frau wurde verhaftet und ist auch geständig. Um das Verbrechen zu verheimlichen, hatte sie vor einem Jahre einen unbekannten Mann, der sich im Grünauer Forst erhängt hatte, als ihren Ehemann bezeichnet. Der Unbekannte wurde dann auch als Oberlehrer Dr. Heimberger beerdigt.

— **Den Vorgesetzten und sich selbst erschossen.** Eine schwere Bluttat ereignete sich auf dem Rittergut Tschepplau bei Glogau. Dort betrat der etwa 25jährige Wirtschaftsassistent Kinzel die Amtsstube des Gutsinspektors Gutschner und schloß sofort hinter sich zu. Gleich darauf schoß er seinen am Schreibtisch sitzenden Vorgesetzten mit einem Revolver nieder und brachte sich selbst eine tödliche Schußwunde am Kopfe bei. Die Motive der Tat sind im Dunkel gehüllt. Gutschner war verheiratet.

— **2 Kinder von einem französischen Kraftwagen getötet.** Nach dem Ludwigshafener Polizeibericht geriet Montag nachmittag ein Kraftwagen, der von französischen Soldaten gelenkt wurde, als er an einer Straßenecke auf den Bürgersteig hinausfuhr, in eine Gruppe spielender Kinder. Zwei Kinder wurden getötet, zwei weitere schwer verletzt. Auch ein Radfahrer, welcher ebenfalls von dem Auto erfaßt wurde, wurde schwer verletzt. Das Auto, dessen Nummer bisher nicht festgestellt werden konnte, befand sich in einer äußerst raschen Fahrt nach Oggersheim.

— **Eine halbe Million gestohlen.** Ein großer Einbruchsdiebstahl, bei dem die Täter für rund 500 0000 Mark Wertsachen erbeuteten, wurde in der Ansbacher Straße in Berlin W. verübt. Die Wohnungsinhaberin hatte ihre Wohnung auf zwei Stunden verlassen; während dieser Zeit wurden die Räume völlig geplündert. Die Täter stahlen u. a. 90 Stücke Silberzeug mit Wappengravierung, zahlreichen Schmuck und zwei Perserteppiche. Die Beute wurde mit einem vor dem Hause haltenden Handwagen fortgeschafft.

— **Bandenunwesen in Naumburg.** Verschiedene Zeitungen berichten aus Querfurt, daß auf Veranlassung des sogenannten Aktionsausschusses durch bewaffnete Banden aus Naumburg eine Entwaffnung der Einwohnerwehr erfolgte. An der Entwaffnungsaktion nahmen auch die Landbewohner teil, namentlich die Industriearbeiter. Lebensmittel wurden in großem Umfange geraubt, ebenso kam es zu schweren Plünderungen und Erpressungen. Als die Reichswehr anrückte, verschwanden die Banden.

Kleine Nachrichten.

Aus Athen wird gemeldet: Venizelos hat die Kammer gebeten, ihn zur Verhängung des Belagerungszustandes zu ermächtigen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Opposition die Rückkehr König Konstantins verlange, und daß die Erfüllung dieser Forderung das Ende der Monarchie bedeuten würde.

Der ungarische Friedensvertrag ist gestern nachmittag in Paris unterzeichnet worden. Den Vorsitz auf Seiten der Alliierten führte Ministerpräsident Millerand. Der König von Griechenland war zugegen.

Staatssekretär Polk reichte sein Rücktrittsgesuch ein, das vom Präsidenten Wilson angenommen wurde.

Sport.

Kamen, 7. Juni. Die internationale Lage im Fußballsport hat insofern eine Verschärfung erfahren, als die neutralen Staaten, denen von England der Boykott angedroht ist, falls sie mit den Zentralmächten weiterhin die sportlichen Beziehungen aufrecht erhalten, beschlossen haben, evtl. in Beantwortung dieser englischen Maßnahme der Olympiade in Antwerpen fernzubleiben, wenn England dort starten oder spielen sollte. Das würde auf sportlichem Gebiete den völligen Bruch zwischen England, Frankreich und Belgien einerseits und den Mittelmächten und den neutralen Staaten andererseits bedeuten. Italien hat bekanntlich schon vor längerer Zeit den Boykott scharf abgelehnt und ein Länderspiel gegen die Schweiz sogar nur unter der Bedingung abgeschlossen, daß in der Schweiz auch Deutschland spielen würde.

Für den Volksbund

zur Befreiung unserer Kriegsgefangenen

G. Beßler, Weststr. 79 . . . . . 33 Mk.

Allen Gebern herzlichen Dank. Weitere Gaben werden in der Kriegsschreibstube gern entgegengenommen.

Briefkasten.

A. W. W. in Westick. Der Besitzer durfte auf Grund der Vorschriften der Kleinpachtordnung das Land nur kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorlag. 2. Die frühere Pächterin soll sich sofort beschwerdeführend an das Landratsamt wenden.

L. S. in Methler. Die Mieteinigungsämter sind kommunale Einrichtungen. Ihre Entscheidungen sind unanfechtbar und auch für die Gerichte bindend. Sollte durch einen Irrtum des Einigungsamtes oder durch Täuschung einer Partei ein Fehlspruch ergangen sein, so würde aber eine Wiederaufnahme in der Instanz zulässig sein.



Lia Warau

persönlich, die jugendliche Film-Darstellerin, in ihren herzergreifenden Rezitationen:

Der Arbeitsmann
Der Friedhofsdieb
Plaudereien aus der Kinderstube

Für die uns in so reichem Maße erwiesene Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes und guten Vaters sprechen wir allen auf diesem Wege unsern

tiefgefühlten Dank

us.
a

Altenmethler, im Juni 1920. v2251

Familie Schulze-Altenmethler.



Heinz Möller

persönlich in seinem Film-Sketsch:

„Der Bajazzo"

Kurtheater Bad Königsborn.

Dienstag, 8. Juni, Anfang 8 Uhr:

Die keusche Susanne

Operette in 3 Akten. b2242

Musik: Vollständige Kurkapelle.

Niedrige Preise. Niedrige Preise.

Grasverkauf Haus Velmede.

Dienstag, den 8. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, soll das Gras in der Schemmwiese und Wortwiese, **Donnerstag, den 10. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr,** in Westickerhamm und Hemmsack nummerweise meistbietend verkauft werden. 2238

Töddinghausen, den 4. Juni 1920.

Blödorn.

Grasverkäufe Kamen.

Im Auftrage der Firma Abh. Lifmann, hier, verkaufen Unterzeichnete den außergewöhnlich guten Graswuchs, und zwar:

Dienstag, den 8. d. Mts., nachm. 5½ Uhr, in Aschenbergskuhkamp und in der gegenüberliegenden Weide, zus. 18 Morgen,

Mittwoch, den 9. d. Mts., nachm. 6 Uhr, in Proebstingskamp und Grevingswiese, in der Mersch liegend, zus. 10 Morgen, Zugang Schroelkamp, Bahnhofstraße, in halbe Morgen abgeteilt, öffentlich meistbietend gegen Kredit. 2216

Kamen. **Reinhard, Gerdts,** Aukt.



Heinz Möller

persönlich in seinem Film-Sketsch:

„Der Bajazzo"

Zur gefälligen Kenntnisnahme!

Da ich vom 8. Juni an meine

väterliche Praxis

in **Herford. Ahmserstr. 118** übernehme, finden meine Sprechstunden wie folgt statt:

Am Montag, den 14. Juni, nachmittags von 1 Uhr bis 6 Uhr bei Brackwehr, Königsborn, Zechenstr. Nr. 14.

Am Dienstag, den 15. Juni bei Gastwirt Fröhlich, in Schwerte am Bahnhof, nachmittags von 2—6 Uhr.

Am Mittwoch, den 16. Juni, vormittags bei Gastwirt Kraft, Bergkamen, Landwehrstr., Haltestelle der Strassenbahn.

Am Mittwoch, den 16. Juni nachmittags, in Lünen bei Gastwirt Schwenker, Kaiserstr. 25.

Behandle alle Arten Krankheiten, wie Fallsucht, Nerven-. Nieren- und Blasenleiden, offene Beine, Flechten und Hautausschläge nachweisl. mit besten Erfolgen

Carl Steinbach,

prt. Heilkundiger und Homöopath.

An den oben genannten Tagen in jeder Woche bin ich zu sprechen.

2239v

Ziehung 17. Juni 1920

Westfälische Lotterie

z. G. d. Deutsch. Schwimmverschluß

4035 Gewinne v. 2 Prämien i. Werte v.

45000 M.
15000 M.
10000 M.
8000 M. usw.

Hauptgewinne u. Prämien in planmäßigen Teil

Los 2 M. 11 Lose 20 Mark.

Ohne Nachzahlung gültig f. 2 Ziehungen

Postgeld für 2 Lose 95 Pfg. extra empfiehlt und versendet General-Debit

Gust. Pforâte, Essen

auch zu haben in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Grasverkauf Kamen.

Donnerstag, den 10. d. M., nachm. 6 Uhr, will Fräulein E. Boschulte hier den **guten Graswuchs** auf ihrer am Kirchhof hierselbst belegenen Besitzung in gewohnter Weise durch Unterzeichnete öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen. t2247

Kamen.

Reinhard, Gerdts, Aukt.

Grasverkauf Kamen.

Freitag, d. 11. d. M., nachm. 6 Uhr, läßt Herr Alex Koepe hier den **guten Graswuchs** in seiner, im Kamener Mersch liegenca. 5 Morgen großen Wiese, in halbe Morgen eingeteilt, durch Unterzeichnete öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen. 2248

Kamen.

Reinhard, Gerdts, Aukt.

Gras-Verkauf

Am Samstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr anfangend, läßt Herr Wilh. Schumacher, Lünen

15 Morgen vorzügliches Gras

in der **Lippeweide** an der Dortmund-Gronauer Bahn nummerweise meistbietend verkaufen.

Lünen, den 5. Juni 1920. i2254

Plagge, Auktionator.

Gras-Verkauf

Oberaden.

Donnerstag, d. 10. d. Mts., abends 6 Uhr, werde ich für Herrn Schulze-Velmede das

sehr gute Gras

in der Papenwiese, bei der Adener Mühle öffentlich nummerweise gegen Zahlungsfrist verkaufen.

Heil. 2243

Brüggemann.

Eine frischmelke



junge Ziege

verkaufen. d2253

Wo sagt die Geschäftsstelle der Kamen. Zeitung.

Ein gut erhaltener

Kaninchenstall

(Schreinerarbeit, 9 Fächer) zu verkaufen. v2213

Wasserkurl,
Dorfstraße 20.

Eine Küche

fast neu (nur einige Wochen im Gebrauch), umständehalber preiswert zu verkaufen, bestehend aus **Büfett, Anrichte, 1 Tisch nebst Stühlen,** sämtlich mit Linoleum, und ein guter **weiße maillierter Herd.** t2245

Zu erfr. in d. Gesch. d. Kamener Zeitung.

Eine gutgehende, große

Wäsche-mangel

zu verkaufen. v2246

Kaiserau,
Glückauffstr. 11.

Heirat.

Witwe, 43 Jahre, 2 Kinder, 8 u. 10 Jahre alt, sucht die Bekanntschaft eines kath. Herrn im Alter von 40—45 Jahren. Bergmann bevorzugt. v2237

Schriftl. Angeb. unt. **Z. K. L. 2237** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Handspinnapparat.

für jede Nähmaschine passend, bequemstes u. leichtes Spinnen von Wolle und Flachs, Zwirnapparat mit Haspel, Wollkratzen. Auf Wunsch wird Spinnen gelehrt. Man verl. Prospekte. a1933

P. F. Schulze, Bielefeld,
Göbenstraße 30.

Ein ordentliches

Mädchen

für alle Hausarbeit zum 1. Juli gesucht. i2250

Frau Friedr. Koch, Unna,
Kaiserstraße 29.

1 Silberbrosche

(Maria-Theresia-Thaler abhanden gekommen. Derselbe, der die Brosche gekauft hat, wird gebeten, dieselbe bei

Frau Wiezorek,
Burgstraße 11

gegen Belohnung abzugeben. b2252

Die beiden erkannten Frauen, welche mir am 4. Juni abends die Wäsche von der Leine entwendeten, werden ersucht, selbige bis Mittwoch abzugeben, anderenfalls sofort Anzeige erfolgt. 2249

Schreinermeister

Wilh. Wünnemann,
Bergkamen Landwehrst. 41.



Lia Warau

persönlich, die jugendliche Film-Darstellerin, in ihren herzergreifenden Rezitationen:

Der Arbeitsmann
Der Friedhofsdieb
Plaudereien aus der Kinderstube

Die schöne Unbekannte.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung statt Schluß.)

„Mein armes, süßes Närrlein — hast du denn nicht gemerkt, wie unsinnig ich dich liebte. Weißt du — schnurrig haben wir beide, Günter und ich, uns zuweilen drüben im rechten Flügel aufgeführt, wenn uns die Sehnsucht nach Euch gepackt hatte. Gleich vom ersten Augenblick an war ich ein verlorener Mann, dir gegenüber. Deine lieben, ehrlichen Augen, deine entzückenden Grübchen — dein sonniger Uebermut — Süße — diese Terrasse ist scheußlich offiziell für eine Verlobung. Komm an den Frühstückstisch — da ist wenigstens das Sonnenzelt über uns."

Er zog sie mit sich fort in das Zelt. Da saßen sie wohlgeborgen vor neugierigen Augen. Und nun küßte Norbert sich erst einmal satt an den frischen roten Lippen seiner Braut.

Mitten in dieser Beschäftigung hielt er inne und sah sie strafend an.

„Du hast mir nicht einmal gesagt, ob du mich liebst?"

Sie lachte.

„Meinst du, ich ließe mich von dir küssen, wenn ich dich nicht liebte, du törichter Norbert?"

Er preßte sie fest an sich.

„Ich will es aber hören, Liebste!"

Da lehnte sie ihre Wange an die seine.

„Ich hab' dich lieb, Norbert, von ganzem Herzen. Und das sitzt tief innen in meiner Seele wie ein Heiligtum, wenn meine alte Brigitte mich auch ein „Uebermütle" nennt."

Zart küßte er ihre Hände und ihre Augen.

„Du mein Uebermütle — wie lieb bist du mir mit deinem goldenen Herzen und deinem lieben Uebermut."

Es verging lange Zeit, ehe die beiden glücklichen Menschen an etwas anderes dachten als an sich selbst.

Endlich machte sich Mia aus Norberts Armen frei:

„Bleiben die beiden andern nicht sehr lange?"

Norbert sah auf die Uhr und lachte.

„Scheint mir auch so. Es ist gleich zehn Uhr, und wir haben noch nicht gefrühstückt."

Mia seufzte drollig.

„Und ich habe so großen Hunger."

„Ich auch. Liebe macht furchtbar hungrig, mein süßer Schatz. Komm, dies knusprige Hörnchen teilen wir uns, damit wir nicht verhungern. Und dann warten wir noch ein Viertelstündchen auf die beiden Säumigen. Mir scheint, die haben auch die ganze Welt über sich selbst vergessen. Ich bin fest überzeugt, daß sich Günter sein Glück heut nicht wieder entschlüpfen ließ."

Und Norbert und Mia vertrösteten sich nochmals in tausend süße Torheiten und Zärtlichkeiten so sehr, daß sie nicht merkten, daß Günter und Hardy Hand in Hand vom Park herüber kamen und plötzlich vor dem Sonnenzelt standen.

Sie sahen lächelnd auf das zärtlich umschlungene Paar.

„Ist es erlaubt zu gratulieren?" fragte Günter.

Da fuhren die Liebenden auseinander.

„Lieber Günter, so eilig brauchst du nicht an den Frühstückstisch zu stürmen", sagte Norbert vorwurfsvoll.

Da mußten alle lachen.

„Wir brennen auf einen Glückwunsch, Hardy und ich, und wollen unsere Glückwünsche los werden."

Es gab ein halb lachendes, halb gerührtes Durcheinander. Mia und Hardy umarmten und küßten sich, und die beiden Freunde schüttelten sich mit festem Druck die Hände.

Dann küßte Günter Mia die Hand.

„Jetzt mache ich Vetternrechte an Sie geltend, teuerste Kusine Mia. Lange genug habe ich neiderfüllt zusehen müssen, wie sich Norbert meine beiden reizenden Basen aneignete. Und gestatten Sie mir, Ihnen Glück zu wünschen zu Ihrer Verlobung. Sie ziehen das große Los. Mein Freund Norbert ist ein wertvoller Mensch, das kann ich am besten beurteilen."

Warm und herzlich drückte ihm Mia die Hand.

„Ich danke Ihnen, lieber Vetter."

Norbert küßte Hardy die Hand.

„Mein gnädiges Fräulein — ich kann nun keine Vetternrechte mehr an Sie geltend machen. Aber ich hoffe, Sie schenken mir Ihre Freundschaft. Ich bin überzeugt, daß Sie an Günters Seite ein reiches, volles Glück finden."

„Wie Sie an der Seite meiner lieben Mia, Herr von Hellborf. Meiner Freundschaft dürfen Sie gewiß sein."

Zwischen uns darf es keine steife Förmlichkeit geben, ich schlage vor, wir trinken heut bei Tisch alle miteinander Schmollis", sagte Günter.

Und alle waren einverstanden.

Dann kamen sie endlich zu ihrem Frühstück. Es wurde in einer glücklichen, übermütigen Stimmung eingenommen.

Natürlich fragten die beiden Herren ihre Bräute gleich jetzt, ob sie gesonnen seien, die Reise durch Asien mitzumachen, und sie freuten sich sehr, daß die Damen sofort zustimmten.

Nach dem Frühstück schickte Graf Günter einen Diener nach dem Verwaltungsgebäude und ließ dem Verwalter Heinemann sagen, er möge an der Mittagstafel teilnehmen, da man ihm eine wichtige Mitteilung zu machen habe. Heinemann ließ sagen, er werde sich pünktlich einfinden.

(Schluß folgt.)